

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

138. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 11. November 2004

Tagesordnungspunkt 2:

Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zu den **Ergebnissen des Europäischen Rates in Brüssel am 4./5. November 2004**

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Vorgipfel, den viele EU-Parlamentarier als Sternstunde empfanden: Das **EU-Parlament** erzwang eine Neu- und Umbesetzung der künftigen EU-Kommission. Es verhinderte, dass mittelalterliche Positionen zum Beispiel in der Gleichstellungspolitik in der EU Gewicht bekamen. Dieses Beispiel macht aber zugleich auch eine Schattenseite des EU-Parlaments deutlich: Es hat nach wie vor zu wenig Gewicht. Die EU-Politik wird in aller Regel von der Exekutive und den Regierungen der Nationalstaaten dominiert. Das ist eine nach wie vor bestehende Bruchstelle im EU-Gefüge. Damit bleibt die EU hinter üblichen Demokratiestandards zurück.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun soll durch die künftige EU-Verfassung am Verhältnis von Parlament zu Kommission einiges verbessert werden. Das ist gut und wichtig und wird von der PDS im Bundestag begrüßt, auch wenn nach unserer Meinung die angestrebten Änderungen längst nicht ausreichen. Der bisherige Zustand aber, nach dem die EU-Bürgerinnen und -Bürger ein Parlament wählen dürfen, das bei Lichte betrachtet kein richtiges ist, muss überwunden werden, auch damit EU-Politik endlich transparenter, erkennbarer und bewertbarer wird.

Damit bin ich schon bei unserem Dauerthema. Viele hier im Bundestag und auch viele Redner heute in der Debatte beklagen, dass die EU einerseits immer wichtiger wird, andererseits aber von den Bürgerinnen und Bürgern als fremd und weit weg von ihnen empfunden wird. Das ist übrigens auch ein Einfallstor für **Rechtsextremisten**, das wir gemeinsam schließen sollten.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Zu diesem Problem trägt allerdings auch der Deutsche Bundestag seinen Teil bei: Solange Sie sich weigern, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, solange Sie eine **Volksabstimmung** über die EU-Verfassung verweigern,

(Günter Gloser [SPD]: Wer?)

so lange nähren Sie auch das beklagte Problem. Deshalb wiederhole ich die Forderungen der PDS: erstens Änderung des Grundgesetzes, damit auch auf Bundesebene endlich mehr direkte Demokratie möglich wird,

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

zweitens eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung auch in der Bundesrepublik und drittens ein EU-weites Plebiszit über die EU-Verfassung am 8. Mai des nächsten Jahres, dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Durch mehr Rechte für das EU-Parlament und mehr Mitbestimmung der EU-Bürgerinnen und -Bürger könnte übrigens auch eine andere Unart eingedämmt werden: das üblich gewordene Spiel

über die Bande. Wir alle kennen Beispiele dafür. So manches, was daheim in der Bundesrepublik nicht mehrheitsfähig ist, wird über den Umweg EU eingespeist. Dort wird es in Richtlinien gegossen und kehrt als bindendes EU-Recht nach Deutschland zurück. Das stärkt nicht die Demokratie, sondern umgeht sie. Ein praktisches Beispiel liegt vor uns: Otto Schily ist ein Fan von persönlichen Daten. Er sammelt sie und will sie in großen Dateien und kleinen Dokumenten speichern – natürlich namens der Sicherheit. Seine Pläne fanden auch im Bundestag Widerhall, insbesondere bei der CDU/CSU. Sie stießen aber insgesamt auf Skepsis. Von Datenschützern und Bürgerrechtlern werden sie ohnehin abgelehnt, und zwar strikt. Das Gleiche gilt auch für mich und die PDS.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun ereilt uns die Erfassung **biometrischer Daten** doch, von ganz oben, aus der EU. Mehr noch: Es sollen gemeinsam verfügbare Dateien angelegt werden, um potenzieller Terroristen und Straftäter besser habhaft zu werden. „Potenziell straffähig“ ist jeder und jede. Das ist die Dimension, über die wir hier reden. Ich glaube nicht, dass jede und jeder seine persönlichen Daten gern beim Geheimdienst der Regierung Berlusconi abliefern. Ich kann mir auch nur schwer vorstellen, dass sich Bürger der Bundesrepublik über prophylaktische Vermerke beim CIA oder beim „Heimatschutz“ der USA freuen. Das aber ist bzw. wird Praxis dank EU-Bandenspiel.

Nun noch zu einem weiteren Gipfelthema der EU, dem **Stabilitätspakt**. Er besagt, dass die nationale Verschuldung einen Umfang von 3 Prozent des jeweiligen Haushaltes nicht übersteigen darf. Andernfalls drohen drastische Strafen. Die PDS hat diese Regelung immer abgelehnt, vor allem, weil es zu diesem Geldpakt keinen adäquaten Sozialpakt gibt. Er wäre aber sehr wichtig, um der EU-weit steigenden Arbeitslosigkeit, der wachsenden Verarmung großer Schichten und der ungehemmten Privatisierung öffentlicher Leistungen zu begegnen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Mein letzter Punkt zum Thema EU-Gipfel heißt „Verwunderung“; denn wenn ich es recht gelesen und gehört habe, wurde die Wiederwahl des US-Präsidenten nicht nur pragmatisch begrüßt, sondern „besonders“. Wenn das stimmt, dann war das ein übler Kniefall vor jemandem, der die UNO missachtet, willkürlich Kriege entfacht und die Menschheit gefährdet.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Und wer hat den Präsidenten gewählt? Das amerikanische Volk! Das interessiert Sie überhaupt nicht! Das ist Demokratie, oder?)

Für eine EU, die das toleriert, ist die PDS nicht zu haben. Wir wollen eine soziale, eine demokratische und eine friedfertige EU.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])